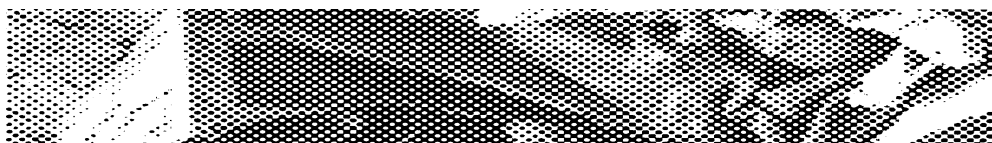

Salzkörner /Materialien für die Diskussion in Kirche und Gesellschaft



8. Jg., Nr. 3, 24. Juni 2002

Religionsfreiheit

Wer den polnischen Bischof Jerzy Mazur und den italienischen Priester Stefano Caprio persönlich kennt, der weiß, dass sie nur ihre Pflicht tun: Als Bischof und als Priester bei den Menschen zu sein, mit denen sie zusammen das Volk Gottes ihrer Ortskirche bilden. Dass diese Ortskirche in Russland liegt, macht die Sache schwierig. Bischof Mazur aus Irkutsk ist nach einer Auslandsreise nicht wieder ins Inland gelassen worden, ebenso Stefano Caprio.

In Fällen wie diesen werden die großen Fragen von Religionsfreiheit und Menschenrechten im Alltag der Kirche vor Ort konkret. Wo der Aufbau funktionierender diözesaner und pfarrlicher Strukturen behindert wird, leiden zuallererst die Laien, denen nicht nur verwehrt wird, unbehelligt Gottesdienst zu feiern, sondern denen es auch oft unmöglich gemacht wird, sich zu versammeln, sich in gesellschaftlichen Fragen zu bilden, für ihre Anliegen einzutreten und sich mit ihren grundlegenden Werten und Überzeugungen in die Gestaltung der Welt einzubringen.

Diese Menschen brauchen unsere Solidarität. Wenn in diesen Tagen P. Eugen Hillengass SJ, der erste und hochverdiente Geschäftsführer von Renovabis, der Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken, nach neun Jahren Aufbauarbeit aus dem Amt scheidet, mag dies ein Ansporn für alle gesellschaftlich engagierten Katholiken sein, mit Nachdruck Menschenrechte und Religionsfreiheit einzufordern auch da, wo es unspektakulär und schwierig ist. Der „Austausch der Gaben“ braucht Freiheit und das offene Wort.

Stefan Vesper

Inhalt

- | | |
|---|-----------|
| Die Zeichen der Zeit erkennen
ZdK für einen neuen Gesellschaftsvertrag
Karin Kortmann | 2 |
| Sinn- und Deutungshorizont wachhalten
Zur Funktion des Christentums in der
Gesellschaft
Gebhard Fürst | 3 |
| Islamischer Religionsunterricht
Religionsunterricht trägt zur Integration
ausländischer Mitbürger bei
Barbara Lichtenthäler | 4 |
| Was uns heute fehlt, wird uns
morgen kostbar sein
Die Bedeutung der Familienbildung für
die Zukunft unserer Gesellschaft
Christa Licharz-Lichtenthäler | 6 |
| Alte Menschen leben nicht ewig
Bericht vom UN-Altersgipfel in Madrid
Andrée Thomanek | 8 |
| Wo Sprache endet
"Neue Musik" zwischen künstlerischer
Autonomie und kirchlichen Erwartungen
Hans Heiner Boelte | 10 |
| Auschwitz - Geschichte und Gedenken
Eine Schrift des Gesprächskreises
"Juden und Christen"
Werner Trutwin | 12 |

Die Zeichen der Zeit erkennen

ZdK für einen neuen Gesellschaftsvertrag

Die bevorstehenden Wahlen zum 15. Deutschen Bundestag rufen allen ihre demokratische Verantwortung ins Bewusstsein. Um überzogenen Erwartungen gegenüber politischem Handeln vorzubeugen, plädiert das ZdK für einen neuen Gesellschaftsvertrag, in dem die Aufgabenverteilung zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft klar geregelt ist.

Am 22. September findet in Deutschland die Bundestagswahl statt. Ich erinnere mich, dass exakt an diesem Datum vor fünf Jahren der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz Bischof Karl Lehmann in seinem Eröffnungsreferat vor der Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz die Fragen stellte: "Wächter, wie lange noch dauert die Nacht?" und "Wie können wir die "Zeichen der Zeit" deuten?"

Kirche in der Welt sein

Mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil hat die Kirche einen Paradigmenwechsel vollzogen. Aus der „Verschanzung“ hat sie sich der modernen Welt geöffnet. In "Gaudium et spes" heißt es dazu: Der Kirche obliegt „allzeit die Pflicht, nach den Zeichen der Zeit zu forschen und sie im Licht des Evangeliums zu deuten. So kann sie dann in einer der jeweiligen Generation angemessenen Weise auf die bleibenden Fragen der Menschen nach dem Sinn des gegenwärtigen und des zukünftigen Lebens und nach dem Verhältnis beider zueinander Antwort geben. Es gilt also, die Welt, in der wir leben, ihre Erwartungen, Bestrebungen und ihren dramatischen Charakter zu erfassen und zu verstehen."

Es gehört somit auch zum Aufgabenkatalog gesellschaftspolitisch orientierter Verbände und Vereinigungen, sich zur bevorstehenden Bundestagswahl mit eigenen Wahlprüfsteinen und – erklärungen zu positionieren. Sie tun dies als Lobbyisten ihres jeweiligen Klientels, aber auch um ihre Weltanschauungen und ihre Werteüberzeugungen in den politischen Dialog einzubringen. Wahlerklarungen sind immer Zustandsbeschreibungen erlebter Wirklichkeiten. Sie sind Zeichen der Zeit.

Die Erklärung des ZdK ist eine Wahrnehmungsbeschreibung mit sehr konkreten Handlungsanforderungen an die zukünftigen Mitglieder des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung.

Karin Kortmann; MdB, Diplomsozialpädagogin, Sprecherin für Politische Grundfragen des ZdK

Die letzte Legislaturperiode war, wie keine andere zuvor, von außenpolitischen Erfordernissen geprägt. Der Umbau des Sozialstaates wurde mit der Rentenreform eingeleitet und arbeitsmarktpolitische Instrumentarien, die den Einzelnen in den Förderungsbe- reich nehmen, wurden eingeleitet. Die Familie wird als Keimzelle der Gesellschaft und wichtigster Gradmesser von Verantwortungsübernahme prioritär unter- stützt. Es wird mehr in Bildung und Ausbildung in- vestiert und die Verantwortung für die Eine Welt und das Zusammenwachsen in Europa in einer neuen Verantwortungsteilung geregelt.

Und dennoch ist jedes 7. Kind Sozialhilfeempfänger, ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen kaum gesunken, ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf größtenteils noch immer Zukunftsmelodie und der Lebens- schutz gerät zunehmend zwischen die Muhls- teine von Wirtschaft und Forschung. Das Zusammenleben der Menschen kann und darf nicht dem Zufall über- lassen bleiben: Zuwanderung und Einwanderung muss gestaltet und Integration ermöglicht werden.

Eine neue Verantwortungsteilung

Das ZdK legt deshalb eine Wahlerklarung vor, die deutlich einen neuen Gesellschaftsvertrag einfordert, in dem die Aufgabenverteilung zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft klar und entsprechend ihrem je- weiligen Selbstverständnis und Auftrag geregelt wird. Weder können Staat und Markt alleine für gesell- schaftliche Entwicklungen verantwortlich sein, noch ist die Zivilgesellschaft der Ausfallbürge für mehr zu erbringende staatliche Aufgaben. Gerade die Vereini- gungen und Assoziationen der Zivilgesellschaft tragen entscheidend zur politischen Partizipation und Inte- gration bei. Sie eröffnen vielfältige Zugänge zur politi- schen Meinungs- und Willensbildung und sind ein Ga- rant für gelebte Demokratie.

Aus diesem Grund appelliert das ZdK, an seine eige- nen Mitglieder und an alle Katholikinnen und Katholi- ken, sich intensiv mit der Wahlerklarung zu befassen und die jeweiligen Kandidatinnen und Kandidaten für den Bundestag daraufhin zu befragen. Die Politik soll- te die Wahlerklarung als Beitrag des ZdK für eine gemeinsame gesellschaftliche Verantwortung ernst- haft aufgreifen und den Mut haben, die notwendigen Reformen endlich einzuleiten. Die Wähler rufen da- nach.

Karin Kortmann

Die Bundestagswählerklärung des ZdK wird am 27. Juni 2002 in Berlin veröffentlicht und kann dann un- ter www.zdk.de abgerufen werden.

Sinn- und Deutungshorizont wachhalten

Zur Funktion des Christentums in unserer Gesellschaft

Die Diskussionen um die Biomedizin oder der weltweite Kampf gegen Terrorismus machen deutlich, dass es Gründe genug gibt, um auch einmal das ins 'Spiel' zu bringen, was wir Christen als 'Heil' des Menschen bezeichnen.

“Es erscheint mir angebracht, aus christlicher Hoffnung heraus jenem Ungeist der Verneinung entgegenzutreten, der in einer verantwortungslosen Abkehr vom Leben die Lösung der Nöte unserer Zeit sieht.“ Der ehemalige Ministerpräsident von NRW, Karl Arnold, sagte diesen Satz während einer Rede im Jahr 1951. Mir scheint dieser Satz aber nichts von seiner Gültigkeit verloren zu haben, mehr noch: Er ist heute aktueller und drängender als je zuvor. Arnold benennt in geradezu prophetisch klarer Weise mit dem Begriff 'verantwortungslose Abkehr vom Leben' ein Zeichen seiner Zeit, das auch für uns heute signifikant ist. Ich werde mich im Folgenden bemühen, dies zu erläutern und zu erschließen, um dann auf die gesellschaftspolitische Funktion von Christentum und Kirche angesichts eines solchen Zeichens einzugehen.

Paradigmenwechsel - der perfekte Mensch

Wie können wir versuchen, jene ‚verantwortungslose Abkehr vom Leben‘ genauer zu fassen? Ich möchte dies, indem ich einen regelrechten Paradigmenwechsel beschreibe: Waren es im 20. Jahrhundert politische Ideologien, die die Optimierung des Menschen in der Gesellschaft erwirken wollten, so sind es zu Beginn des 21. Jahrhunderts die wissenschaftlich-technischen Möglichkeiten des Zugriffs auf den Menschen. Waren es im letzten Jahrhundert zentrale Versuche von Planwirtschaft und geplanter Gesellschaft, so versuchen nun Biotechnologien mit dem Habitus des ‚Machens‘ den Menschen und sein Leben zu perfektionieren. Der Vision vom perfekten Einzelmenschen entspricht die Vision von der perfekten Gesellschaft, vom Paradies auf Erden. Letztere Vision hat sich durch den Zusammenbruch des kommunistischen Systems in dramatischer Weise als falsch erwiesen. Jetzt meinen manche, mit Hilfe der Biotechnologien die perfekte Einzelperson kreieren zu können. Also den Menschen zu schaffen, der der Erlösung nicht mehr bedürftig ist. Doch das Herstellungsparadigma des ‚perfekten Menschen‘ wird genauso scheitern.

Heilsamer Realismus

Christliche Grundorientierung kann hier zum heilsamen Realismus werden, denn Christen glauben nicht

Dr. Gebhard Fürst, Bischof von Rottenburg-Stuttgart, Geistlicher Assistent des ZdK

an die Utopie des perfekten, endgültig erlösten menschlichen Lebens auf Erden. Das christliche Menschenbild liefert keine rezepthaften Lösungen für konkrete politische Probleme, fungiert aber zumindest als Korrektiv, von dem her nicht akzeptable Handlungsoptionen ausgeschlossen werden können.

Die Kirche trägt dazu bei, einen anderen Sinn- und Deutungshorizont wachzuhalten. Das Christentum leistet kritischen Widerstand gegen Tendenzen der Überhöhung der Politik. Das Christliche erinnert daran, dass über Gut und Böse, die Unverfügbarkeit des Lebens und die Würde des Menschen nicht nur im Hier und Jetzt entschieden wird. Christlicher Glaube verleitet den Menschen nicht zum Ausstieg aus dem politischen Alltagsgeschäft, sondern führt ihn geradezu in seine Verantwortlichkeit zurück, die er nun jedoch in größerem Horizont neu begründet übernehmen kann. Christliches Grundverständnis bedeutet gerade keinen klerikalen Sonderraum, keine Entfremdung aus Welt, Staat und Gesellschaft, sondern Mitleben, Mitreden und Mithandeln in der Welt.

Einmischen, wo Grundrechte gefährdet sind

Das Konzil war hier noch einen zentralen Schritt weiter gegangen, indem es die Inhalte kirchlichen Handelns zu bestimmen versucht hatte: „Immer und überall nimmt die Kirche das Recht in Anspruch, (...) ihren Auftrag unter den Menschen unbehindert zu erfüllen und auch politische Angelegenheiten einer sittlichen Beurteilung zu unterstellen, wenn die Grundrechte der menschlichen Person oder das Heil der Seelen es verlangen.“ (GS 76) Der Anspruch der Kirche wurde auf dem Konzil ebenso klar formuliert wie seine zentralen Inhalte: Immer dort, wo Grundrechte des Menschen oder sein Heil tangiert oder gar gefährdet sind, wird die Kirche sich einmischen und ihre Stimme erheben. Als aktuelle Beispiele nenne ich nochmals die Diskussionen um Genforschung und Biomedizin, den weltweiten Kampf gegen Terrorismus, Extremismus und Fundamentalismus oder auch das Problem der hoffnungslosen Überschuldung der sogenannten ‚Drittstaaten‘ und ihre zunehmende Verelendung.

Die von mir eingangs zitierte Zeitdiagnose Karl Arnolds von einer ‚verantwortungslosen Abkehr vom Leben‘ verweist uns umgekehrt so auf die entscheidende Aufgabe der Christen in der Welt. Angesichts der Zeichen unserer Zeit geht es darum, Verantwortung für das Leben in allen seinen Dimensionen wahrzunehmen, einzutreten für das Leben, mitten in der Welt, mitten in der Gesellschaft.

Gebhard Fürst

Islamischer Religionsunterricht an öffentlichen Schulen?

Religionsunterricht trägt zur Integration ausländischer Mitbürger bei

In der noch immer schwelenden Auseinandersetzung um das Zuwanderungsgesetz wird meist nur am Rande die dringende Notwendigkeit der Integration ausländischer Mitbürger thematisiert. Neben vielen anderen notwendigen Maßnahmen zu einer erfolgreichen Integration bietet gerade der islamische Religionsunterricht die Chance, Kinder und Jugendliche auf dem Hintergrund ihrer eigenen Glaubensüberzeugung zu gesellschaftlicher und kultureller Verständigung in unserem Land zu ermutigen.

Der Ruf nach der Einrichtung von islamischem Religionsunterricht ist in den vergangenen Jahren, insbesondere in den sog. alten Ländern in der Bundesrepublik, immer deutlicher geworden. Zahlreiche islamische Verbände und Institutionen haben sich an die jeweils zuständigen Stellen gewandt und bitten um öffentlichen Raum für die Ausübung ihres Glaubens. Inzwischen beherbergt die Bundesrepublik mit den Angehörigen islamischen Glaubens die - nach den christlichen Kirchen - drittgrößte Glaubensgemeinschaft.

Bislang lediglich provisorische Angebote

Die Reaktionen in den einzelnen Bundesländern in der Bundesrepublik Deutschland sind bislang unterschiedlich ausgefallen. Unterweisungen im islamischen Glauben schlugen sich bislang in eher übergangsweise gedachten Angeboten wie islamischer Religionskunde in türkischer Sprache, deutschsprachiger islamischer Religionskunde bis hin zu einer Unterweisung in islamischer Glaubens- und Sittenlehre im Rahmen des muttersprachlichen (Ergänzungs-) Unterrichts nieder. Ein dem christlichen Religionsunterricht entsprechendes Unterrichtsfach, das nach Maßgabe von Artikel 7 Abs. 3 GG einge-

**Dr. Barbara Lichtenthäler, Referentin für
Kirchenangelegenheiten im Ministerium für Kultur,
Jugend und Sport des Landes Baden-Württemberg**

richtet sein müsste, gibt es bislang noch nicht. In Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen werden im Augenblick Möglichkeiten geprüft, wie ein bekenntnisgebundener islamischer Religionsunterricht an öffentlichen Schulen eingerichtet werden kann.

Staat und Religionsgemeinschaften haben gemeinsame Aufgaben

Der bekenntnisgebundene Religionsunterricht nach Artikel 7 Abs. 3 des Grundgesetzes ist nicht ausschließlich den christlichen Religionsgemeinschaften und Kirchen vorbehalten. Vielmehr steht er auch anderen Religionsgemeinschaften offen. Diese besondere institutionelle Gewährleistung des Grundgesetzes stellt allerdings hohe Anforderungen. Der Staat und die betreffende Religionsgemeinschaft haben gemeinsame Aufgaben, die die Einrichtung eines solchen Religionsunterrichts vorbereiten.

Der staatlichen Seite obliegt es, die organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen, Lehrpläne zu genehmigen und Lehrerbildung zu gewährleisten sowie im Rahmen der gesamten Verantwortung für schulische Veranstaltungen die entsprechende Aufsicht sicherzustellen. Der jeweiligen Religionsgemeinschaft obliegt die Bestimmung der inhaltlichen Seite dieses Unterrichts, d.h. die Ausgestaltung des konkreten religiösen Bekenntnisses und der Lehrinhalte.

Nach unserer Verfassung steht dem Staat bei den Verhandlungen über einen einzurichtenden Religionsunterricht auf Seiten der Religionsgemeinschaften ein bekenntnismäßig geprägter Verband gegenüber, dessen gemeinschaftliches und gemeinsames Element der Zusammenschluss zur Ausübung des Glaubens und damit auch die Festlegung der Inhalte eines künftigen Religionsunterrichts ist. Um diese zentrale Voraussetzung einer "Religionsgemeinschaft", auf deren Anforderungen im Einzelnen hier nur cursorisch eingegangen werden kann, konzentrieren sich die wesentlichen Probleme: Wer ist Ansprechpartner des Staates auf Seiten des Islam? Wer kann - für eine ausreichende Gemeinschaft von Gläubigen - Eltern, Schülerinnen und Schülern sowie

dem Staat gegenüber - die ordnungsgemäße Erteilung eines bekenntnisgebundenen Religionsunterrichts gewährleisten?

Diesbezüglich steckt der Aufbau repräsentativer Strukturen auf islamischer Seite in Deutschland erst am Anfang. Allerdings ist es überhöht, in diesem Zusammenhang zu verlangen, dass sich islamische Gemeinschaften zu einer Körperschaft des öffentlichen Rechts herausbilden müssen. Juristisch betrachtet genügt es, die Organisationsform eines eingetragenen Vereins zu wählen. Dieser muss freilich sehr viel speziellere Elemente in sich tragen als gemeinhin in Vereinsform organisierte Zusammenschlüsse.

Mit Blick auf den Religionsunterricht als eine staatliche Unterrichtsveranstaltung sei nur noch der Vollständigkeit halber darauf hingewiesen, dass ein künftiger islamischer Religionsunterricht selbstverständlich in deutscher Sprache erteilt werden muss. Zumindest in Baden-Württemberg ist dies auch Prämisse aller Bemühungen der Antragsteller auf islamischer Seite, die in einer eigenen Gesprächsplattform schrittweise die genannten Kriterien für die Einrichtung islamischen Religionsunterrichts erfüllen möchten.

Religionsunterricht trägt zu gesellschaftlicher und kultureller Verständigung bei

Islamischer Religionsunterricht hat eine staatskirchenrechtliche Dimension in der öffentlichen Debatte beleuchtet, die uns eine Rückbesinnung auf die im Grundgesetz verankerten Werte und insbesondere die fördernde und zugleich distanzierende Neutralität des Staates in Religions- und Weltanschauungsfragen abverlangt. Die Bedeutung dieser Debatte reicht allerdings über diese Dimension in zweierlei Hinsicht hinaus: Sie hat - neben den Debatten zum in Brandenburg umstrittenen Unterricht zu Lebenskunde/Ethik/Religion (LER) - den Wert des konfessionellen Religionsunterrichts in den öffentlichen Schulen neu thematisiert. Religionsunterricht erhebt auch heute den unveränderten Anspruch, Religion als gesellschaftliche Kraft zu thematisieren, die zu gesellschaftlicher und kultureller Verständigung beiträgt. Kinder und Jugendliche erhalten durch ihn Hilfe bei der Suche nach Orientierung, Hilfe zur eigenen Entscheidung. Er macht die junge Generation religiös sprachfähig und versetzt

sie in die Lage, einen eigenen Standpunkt zu beziehen. Nur so kann es gelingen, die auch für den interkulturellen Dialog unabdingbare Bereitschaft zu fördern, die Wahrheitsfähigkeit der jeweils anderen Religion prinzipiell anzuerkennen. Dies ist auch ein zentraler Punkt der Debatte über den islamischen Religionsunterricht beispielsweise in Baden-Württemberg, der von Anfang an unter der Prämisse der klaren Trennung von Politik und Religion des Islam steht.

Zum Zweiten kann muslimischer Religionsunterricht im Prozess einer gelingenden Integration dazu beitragen, dass die junge Generation im Bewusstsein ihrer kulturellen und religiösen Identität eigenverantwortlich zur künftigen Gestaltung dieser Gesellschaft beiträgt. Im derzeitigen Prozess geht es u.a. auch darum, der erwachsenen Generation deutlich zu machen, dass die zum Bleiben gewillten Kinder und Jugendlichen ihren Platz in dieser Gesellschaft zu Recht beanspruchen und sie, die Erwachsenen, jetzt gefordert sind, rechtzeitig die Weichen für einen staatlich gewährleisteten Religionsunterricht zu stellen.

„Schnelle Lösungen“ sind nicht gefragt

Wer in diesem Zusammenhang schnelle Lösungen fordert oder gar eigene "praktische Rezepte" an Politik und Verwaltung weiterreichen möchte, verkennt das komplizierte Geflecht der Verantwortlichkeiten auf staatlicher Seite und der der Religionsgemeinschaften: Ein Bestimmungsrecht des Staates, wer einen solchen Unterricht gestalten und trügerschaftlich verantworten wird, gibt es nicht. Es geht vor allem um den Willen der Antragsteller, die notwendigen Formen der Kooperation zu finden und sich zum Zwecke der Glaubensausübung gemeindlich zu vereinigen. Staatliche praktische Hilfen wie die Organisation der Lehrerausbildung oder gar die Einrichtung entsprechender Institute oder Lehrstühle haben dann allenfalls sekundäre Bedeutung.

Baden-Württemberg hat den Weg eingeschlagen, gemeinsame Lösungskonzepte im Dialog zu erarbeiten. Evangelische und Katholische Kirche unterstützen diesen Ansatz.

Barbara Lichtenthäler

Was uns heute fehlt, wird uns morgen kostbar sein

Die Bedeutung der Familienbildung für die Zukunft unserer Gesellschaft

Nach den Ergebnissen der Pisa-Studie und den Ereignissen in Erfurt sind die Menschen nachdenklicher geworden. Jetzt werden endlich auch die Fragen zugelassen: "Was fehlt unseren Kindern?" und: "Was fehlt unseren Familien, damit sie ihr Leben gestalten und ihre Aufgaben, vor allem ihre Erziehungsaufgabe erfüllen können?"

Auf der letzten Vollversammlung hat das ZdK gefordert, die Rahmenbedingungen für das Gelingen stabiler Partnerschaften in Ehe und Familie zu verbessern.

Anders als in der Vergangenheit befindet sich das Leben eines Paares oder einer Familie heute in einem permanenten Wandel, durch den ständig neue Erziehungssituationen entstehen. Immer mehr Eltern erfahren Gefühle der Hilflosigkeit. Obwohl unverschuldet schreiben sie es sich selbst zu, in Erziehungssituationen nicht adäquat zu handeln. Sie übersehen dabei, wieviele neuartige Probleme in Erziehungsfragen durch den raschen gesellschaftlichen Wandel entstehen und alle Eltern vor neue Fragen stellen, wie die Konsumwünsche der Kinder, der Umgang mit neuen Technologien, der Einfluss auf die Erziehung durch Medien und durch Gleichaltrige, der frühere Wunsch nach sexueller Selbstbestimmung. Eltern sind daher auf außerfamilial vermittelte Kenntnisse angewiesen. Hier bedarf es einer Unterstützung durch die Erwachsenenbildung.

Hilfe durch Familienbildung

Neben den Kindertageseinrichtungen, die eine wichtige pädagogische Ergänzung des Lernens in der Familie darstellen und den Ehe- und Familienberatungsstellen bekommen die Einrichtungen der Familienbildung hier in Zukunft eine besondere Bedeutung. Familienbildung erfüllt einen Auftrag aus dem Kinder- und Jugendhilfegesetz. Sie soll Eltern Hilfe zur Selbsthilfe ermöglichen, sie bei der Erziehung unterstützen und Bedingungen schaffen, damit Familien sich begegnen und untereinander vernetzen können. Eine besondere Aufgabe dabei ist die Ge-

Christa Licharz-Lichtenthäler, Leiterin einer Familienbildungsstätte in Gelsenkirchen, familienpolitische Sprecherin des ZdK

waltprävention. Familienbildung wird angeboten durch eine plurale Trägerstruktur, z.B. von Kommunen, Verbänden, den christlichen Kirchen und eingetragenen Vereinen. Eine Ausprägung sind die Familienbildungsstätten, die den Familien seit vielen Jahren in eigenen Häusern und dezentral in Stadtteilen Bildung und Beratung anbieten und sie professionell durch ihren Alltag begleiten.

Stärkung der Beziehungskompetenz

Eine partnerschaftliche Gestaltung von Ehe und Familie setzt bestimmte Haltungen voraus - Fairness, Solidarität und Verlässlichkeit. Diese Werte stehen häufig im Konflikt mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit, die eher die durch den Arbeitsmarkt beeinflussten Werte wie Gewinnstreben, Individualisierung, Mobilität und Flexibilität bevorzugt.

Die Partner in Ehe und Familie müssen zur Aushandlung von Details im Alltagsleben und von weitreichenden Lebensentscheidungen bereit und fähig sein. Mittelfristig hilft hier kein Aussitzen der Probleme, kein Schönen der Familienbilanzen, kein Übervorteilen von Schwächeren. Dies bedeutet, dass Ehepartner in einem dauerhaften Prozess des Aushandelns und des Aufeinander-Eingehens stehen, damit eigene Interessen und die Interessen aller Familienmitglieder ihren Platz finden. Gefragt sind Schlüsselkompetenzen des partnerschaftlichen Handelns.

Stärkung des Selbstwertgefühls

Sowohl für die Stärkung der Paare selbst, wie für den Umgang mit ihren Kindern ist es wichtig, das Selbstwertgefühl der erwachsenen Partner und die Tragfähigkeit ihrer Beziehung zu fördern.

Dies beinhaltet:

- Den Aufbau und die Festigung eines Wertesystems als Partner und als Familie, die Formulierung eigener Standpunkte der Partner und die Fähigkeit diese in sich ständig ändernden Lebenswelten vertreten zu können.
- Den Ausbau der Kontakt- und Beziehungsfähigkeit in Partnerschaft und Erziehung

- Die Stärkung von Selbsteinschätzung und Frustrationstoleranz
- Die Unterstützung von Konfliktfähigkeit und dialogischer Verhandlungskompetenz
- Diese Stärkung der Paarbeziehung wird in der Familienbildung gefördert. Denn nur verlässliche Partnerschaften können kompetente Elternschaft begründen.
- Wenn Kinder stark werden sollen, brauchen sie starke Eltern

Stärkung der Erziehungskompetenz

Es gilt die Praxis familialen Lebens und Erziehens zu unterstützen. Hier muss das stetig neu herausgeforderte Erziehungswissen der Eltern gefestigt und erweitert werden. Dazu zählt zum einen das Grundwissen über die Alltagsbewältigung in Familien (von der Ernährung zur Pflege des Kleinkindes bis hin zur Prävention von Sucht), zum anderen ein ausreichendes pädagogisch-psychologisches Grundwissen.

Förderung und Unterstützung der Erziehungskompetenz bedeutet Eltern und Kinder lernen zu lassen, dass und wie Konflikte zu lösen sind. Dazu sind langfristige Prozesse notwendig. Familienbildung kann etwa in Form von Eltern-Kind-Gruppen diese Prozesse initiieren und begleiten.

"Ich merke sofort, wenn ein Kind vor dem Eintritt in den Kindergarten schon eine Eltern-Kind Gruppe besucht hat. Die soziale Kompetenz ist meistens schon stärker ausgeprägt als bei anderen Kindern". Solche Rückmeldungen von Erzieherinnen bestätigen den Ansatz des frühen Begleitens von Familien in der Familienbildung.

Eltern-Kind-Gruppen

Entwicklungspsychologische Erkenntnisse weisen auf die besondere Bedeutung der ersten Lebensjahre des Kindes hin. In diesem Lebensabschnitt wird die Grundlage geschaffen für die Entwicklung und Ausprägung der Persönlichkeit, der Ich-Stärke und der sozialen Kompetenzen. In Eltern-Kind-Gruppen werden Eltern befähigt, in der Gemeinschaft mit anderen die Bedürfnisse ihrer Kinder wahrzunehmen und in angemessener Weise zu reagieren. Im geleiteten Erfahrungsaustausch erfahren Eltern Unterstützung und Geborgenheit im sozialen Netz. Projekte, die die Familienbildungsstätten zu den Themen Sucht- und Gewaltprävention durchgeführt

haben, haben die Richtigkeit dieses langfristigen Ansatzes bestärkt, kurzfristige Aktionen sind in der Prävention nicht effektiv.

Lösungsmöglichkeiten sind vorhanden! - aber?

Familienbildung ist bereits da, sie muss nur zur Kenntnis genommen und genutzt werden. Aufgrund von aktuellen Ereignissen wie der Veröffentlichung der Pisa-Studie oder des Amoklaufs von Erfurt entsteht die Versuchung, schnelle Patentlösungen zu schaffen oder die Erziehungssituation in Deutschland unangemessen schwarz zu malen. Was Not tut ist unaufgeregt bereits vorhandene Grundlagen auszubauen.

Die Frage muss lauten: Warum werden die vorhandenen Familienbildungsangebote nicht stärker von der Gesellschaft zur Kenntnis genommen, eingesetzt und genutzt.

"Familien haben keine Lobby"

Familien haben keine Lobby und genauso ist es mit den Einrichtungen, die sich vorrangig um Familien bemühen. Die Mitarbeiter(innen) aus Familienbildungsstätten kennen die Sorgen und Nöte der Menschen, die sie begleiten. Warum interessiert dieses Wissen so auffallend wenig die Politiker, die Kommunen oder die Kirchengemeinden? Sind die Einrichtungen zu unbequem? Wollen die Verantwortlichen wirklich wissen, mit welchen Fragen und Rücksichtslosigkeiten sich Familien herumschlagen? Oder kann man mit diesem Thema zu wenig schnelle Knalleffekte hervorzaubern? Beziehungsarbeit und Prävention sind schwer zu verkaufen und jene die Familien unterstützenden Institutionen haben keine finanziellen Mittel für ein langfristiges flächendeckendes Marketing ihrer Angebote.

Es stehen einige politische Entscheidungen an, die Weichen für günstige Rahmenbedingungen für Familien stellen. Die Entscheidung über einen flächendeckenden Ausbau der Familienbildung gehört dazu, damit alle Familien unabhängig von der sozialen Schicht diese Art von Bildung preiswert und ortsnah in Anspruch nehmen können. Nur so können sich Eltern Erziehungskompetenz in allen Aspekten aneignen, die der ständige gesellschaftliche Wandel fordert, und ein frühzeitiges lebenslanges Lernen als Fähigkeit bei ihren Kindern grundlegen.

Christa Licharz-Lichtenthäler

Alte Menschen leben nicht ewig

Bericht vom UN-Altersgipfel in Madrid

Der Anstieg des Anteils älterer Menschen an der Bevölkerung ist längst kein Phänomen der reichen Industrieländer mehr. Eine knappe Mehrheit der Menschen, die über 60 Jahre sind, leben in den Ländern des Südens. Gerade in den Entwicklungsländern, in denen meist keine sozialen Sicherungssysteme vorhanden sind, führt die steigende Zahl älterer Menschen zu kaum lösbaren Problemen.

„Der alte Mensch ist ein Rettungsanker für unsere Gesellschaft“ erklärte der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, anlässlich der Eröffnung des zweiten Gipfels über das Alter, der vom 8. bis zum 12. April 2002 in Madrid stattfand und an dem Vertreter aus 160 Mitgliedsländern der Vereinten Nationen und zahlreiche Nichtregierungsorganisationen (NRO) teilnahmen.

Der Gipfel von Madrid tagte als Folgekonferenz eines ersten Gipfels zum gleichen Thema, der 1982 in Wien stattfand. Weltweit hat sich seitdem in der Gesellschaft vieles grundlegend verändert. So betrafen z.B. die Probleme des Alters vor 20 Jahren mehr oder weniger die Industrieländer. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts hat diese Sorge auch die Entwicklungsländer erreicht, die ihrerseits grundlegende und sehr rasche demographische Veränderungen erleben.

Es war daher höchste Zeit, das Phänomen der wachsenden Zahl alter Menschen sowohl wissenschaftlich, als auch politisch zu untersuchen, um weltweite Lösungen zu finden.

Drei Hauptthemen, die zuvor vom 5. bis zum 9. April 2002 in einem Weltforum der Nichtregierungsorganisationen behandelt wurden, bestimmten das Programm.

Alter und Entwicklung

Dieses Thema schärfte das Bewusstsein der Teilnehmerinnen und Teilnehmer für das Phänomen

Andrée Thomanek, Vizepräsidentin der AIC und Beauftragte für internationale Vertretungsaufgaben

der steigenden Zahl alter Menschen und führte zu der Feststellung, dass „diese Entwicklung die gleichen Auswirkungen haben wird, wie die Globalisierung“. Alle Teilnehmer stimmten überein, dass es notwendig sei, ein aktives und produktives Altern zu fördern.

Gesundheit und alte Menschen

Sehr häufig wurde auf die Bedeutung von AIDS hingewiesen. In Afrika löscht AIDS zur Zeit eine ganze Generation, nämlich die der 30- bis 50-Jährigen aus. Das bedeutet, dass alte Menschen, meist Großeltern, trotz ihrer geringen finanziellen Mittel die Versorgung ihrer Enkel und anderer Waisen übernehmen müssen. Um die in vielen Fällen nicht mehr mögliche traditionelle Pflege der Kranken in den Familien zu ersetzen, muss ein in vielen Entwicklungsländern noch fehlendes Krankenversicherungssystem aufgebaut werden. Familien zerstreuen sich zunehmend auf der Suche nach Arbeit und sind nicht mehr in der Lage, Pflegefunktionen zu übernehmen.

Die Rechte alter Menschen

In Bezug auf alte Menschen möchte man vor allem das Recht auf ein Leben ohne Diskriminierung auf Grund von Alter, Rasse oder Geschlecht durchsetzen, das Recht auf Gesundheit, Respekt und Würde, ungeachtet der Defizite, die mit steigendem Alter auftreten können (Demenz), und schließlich das Recht darauf, Lehrer und Berater zu sein und die anderen Generationen an den eigenen Erfahrungen teilhaben zu lassen.

Die Association Internationale des Charités (AIC), die internationale Ebene der Caritaskonferenzen, stellte auf dem Gipfel neue Methoden und Ansätze vor. Durch diese war es Ehrenamtlichen gelungen, alte Menschen zu ermutigen, ihre Einsamkeit zu überwinden und einen Teil ihrer Fähigkeiten wie etwa das Gedächtnis wiederzugewinnen, Lebensfreude wiederzuentdecken, Hoffnung zu finden und eine aktive Rolle in der Gesellschaft zu übernehmen.

In der Politischen Erklärung des Gipfels von Madrid wird ausdrücklich die Perspektive eines längeren Lebens für alle Menschen dank der wissenschaftlichen und medizinischen Fortschritte der letzten Jahrzehnte begrüßt. Man erkennt das Potential älterer Menschen als verlässliche Grundlage einer zukünftigen

Entwicklung an, die es der Gesellschaft erlaubt, sich auf ihre Fähigkeiten, ihre Erfahrungen und ihre Weisheit zu stützen.

Der Internationale Aktionsplan vertieft die getroffenen Entscheidungen und Beschlüsse und schlägt konkrete Maßnahmen zur Umsetzung der angestrebten Ziele vor. So wird vorgeschlagen, günstige Rahmenbedingungen für Ehrenamtliche höheren Alters zu schaffen, und die Anerkennung der kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Rolle alter Menschen zu fördern, einschließlich der Anerkennung nicht bezahlter Arbeit innerhalb und außerhalb der Familie.

Neben dem Zugang zu Wissen und Fortbildung sowie der Förderung von Solidarität zwischen den Generationen fordert der Aktionsplan die Bekämpfung der Armut unter alten Menschen. Notwendig sind insbesondere geeignete Maßnahmen für ältere Frauen, die, vor allem wenn sie allein leben, von Notlagen in besonderem Maße betroffen sind.

"Man kann nicht alte Menschen gleichsam als Wesen betrachten, die ewig leben."

Obwohl die Konferenz insgesamt als Erfolg und Fortschritt bei der Lösung der mit dem Alter verbundenen Probleme angesehen wurde, äußerten einige Teilnehmer ihr Bedauern, dass der Vorschlag, eine eigene Behörde der UNO zur Verwirklichung der Rechte älterer Menschen einzurichten, gescheitert ist.

Zudem ist ein weiterer Punkt aus Sicht des AIC zu wenig beachtet worden, nämlich die Vorbereitung alter Menschen auf den Tod, so positiv und produktiv lebensverlängernde Maßnahmen auch sein mögen. Man kann nicht alte Menschen gleichsam als Wesen betrachten, die ewig leben. Es wäre wichtig gewesen, in die Aktionspläne den Gedanken einer Begleitung alter Menschen bis zum Ende ihres Lebens einfließen zu lassen.

Wenngleich Aktionspläne und politische Erklärungen in der Folge von UN-Gipfeln sich in erster Linie an Regierungen wenden, spiegeln sie doch Entwicklungen und ihre nicht nur regionalen, sondern globalen Auswirkungen wider. So wird die wachsende Zahl älterer Menschen in den Entwicklungsländern bei gleichzeitiger Armut und fehlenden sozialen Sicherungssystemen zu kaum lösbaren Problemen in diesen Ländern und zu einem großen Migrationsdruck junger Menschen führen, die die Versorgung

der älteren Generation in ihrem Land nicht sicherstellen können.

Entwicklungszusammenarbeit nicht nur mit Blick auf junge Menschen gestalten

Das heißt, ohne eine weltweite Zusammenarbeit wird es keine wirklichen Lösungen geben und die Industrienationen müssen Entwicklungszusammenarbeit nicht nur mit dem Blick auf junge Menschen gestalten, sondern ältere Menschen in eine die Generationen übergreifende Solidarität einbeziehen – eine politische Aufgabe, aber auch eine gesellschaftliche Aufgabe und eine Aufgabe für Verbände, die in ihren Gliederungen die notwendige Informationsarbeit an die Basis tragen können.

Das gleiche gilt für die Integration alter Menschen als bereicherndes Element der Gesellschaft, wie für die würdige Pflege der wachsenden Zahl hochaltriger und demenziell erkrankter Menschen, das gilt ebenso für die Begleitung Sterbender: Regierungen können bestenfalls gesetzliche Rahmenbedingungen schaffen. Es sind die Menschen, die eine Gesellschaft gestalten, wobei sie zunehmend nicht nur für regionale, sondern für weltweite Entwicklungen Verantwortung tragen.

Vom Weltforum ging an die Menschen die Botschaft aus, den demographischen Wandel als globales Phänomen zu begreifen und dabei die Geleise eines nationalen "Generationenkonfliktes" zu verlassen. Mehrgenerationensolidarität ist die Voraussetzung dafür, die Herausforderungen der demographischen Revolution zu meistern.

Andrée Thomanek

Die AIC (Association Internationale des Charités) ist eine internationale katholische Organisation, ein Dachverband, der weltweit 50 Landesverbände und Gruppen mit ca. 260.000 im sozialen Ehrenamt tätigen Frauen vertritt. Deutscher Mitgliedsverband ist die CKD (Caritas-Konferenzen Deutschlands). Die AIC hat einen offiziellen Beraterstatus als anerkannte NRO (Nichtregierungsorganisation) bei UNO und UNESCO und damit das Recht, im Rahmen des Forums der NROs aktiv mitzuarbeiten und weltweite konkrete Erfahrungen aus der ehrenamtlichen Arbeit von Frauen einzubringen. Dass sie damit, im Gegensatz zu vielen anderen Organisationen, nah an der wirklichen Not von Menschen ist, findet zunehmende Anerkennung.

Wo Sprache endet

„Neue Musik“ zwischen künstlerischer Autonomie und kirchlichen Erwartungen

Bereits nach alttestamentlichem Verständnis gehörte die Musik existentiell zu den Lebensvollzügen des Menschen und hat sich schon sehr früh in der christlichen Liturgie etabliert. Dennoch bleibt in der Kirche eine latente Skepsis gegenüber der Musik immer erhalten und führt zu einer Jahrhunderte überdauernden Priorität der Vokalmusik wie der Gregorianik gegenüber der Instrumentalmusik. Warum also beschäftigen sich gerade heute das ZdK und die Deutsche Bischofskonferenz mit 'Neuer Musik'?

Zu einem Werkstattgespräch über „Neue Musik zwischen künstlerischer Autonomie und kirchlichen Erwartungen“ hatten die Deutsche Bischofskonferenz und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken nach Schloss Hirschberg an der Altmühl eingeladen.

Das Verspüren der Dinge von innen her befriedigt die Seele

Gekommen waren: 12 Komponistinnen und Komponisten, 10 Bischöfe, 17 Künstler und eine kleine Gruppe neugieriger sachkundiger Beobachter aus dem ZdK. Das Bildungshaus war trefflich ausgesucht und vorzüglich geeignet für Gespräche und Konzerte, Gottesdienste und Stille. „Nicht das Vielwissen sättigt und befriedigt die Seele, sondern das Verspüren und Verkosten der Dinge von innen her“, empfiehlt Ignatius von Loyola auch für Kurzexerzitien.

Dazu eignet sich Musik mit geradezu archaischer Kraft. Dank freundlicher Unterstützung der Siemens-Stiftung konnten mit den „Neuen Vokalsolisten“ und dem „ensemble recherche“ als Interpreten beispielhafte Werke aufgeführt werden, neue Musik konnte so im Zusammenwirken der Musiker mit den Komponisten und mit den Zuhörern entfaltet werden. Es gelang an drei Tagen gelegentlich schwereloses Wandern zwischen theologischer Begrifflichkeit, liturgischer Dichte, Komposition und Darbietung.

Hans Heiner Boelte, Journalist, ehemaliger Fernsehdirektor des SDR, ARD-Musikkoordinator für Musik

Am Anfang standen „Tre canti sacri“ (1958) von Giacinto Scelsi, Wolfgang Rihms „Deploration“ (1973), Dieter Schnebels „Deuteronomium 31,6“, eine präzise Einführung in das Thema von Kardinal Lehmann, ein Vortrag von Professor Dr. Clytus Gottwald über „Das Geistliche in der Neuen Musik“. Dann weiter Morton Feldmanns „The Viola in my Live“ (1970), Luigi Nonos „Sara dolce tacere“ (1960), Tristan Murails „C'est un jardin secret, ma soeur, ma fiancée, une fontaine close, une course scellée“ (1976), Helmut Lachenmanns „Interieur 1“ (1966) und Klaus Hubers „Auf die ruhige Nachtzeit“ (1958).

Zum nachvollziehenden Verständnis gehören die Namen der Interpreten:

Angelika Luz, Sopran
 Martin Fahlenbock, Flöte
 Susanne Leitz-Lorey, Sopran
 Shizuyo Oka, Klarinette
 Stephanie Field, Mezzosopran
 Klaus Steffes-Holländer, Celesta
 Barbara Stein, Alt
 Christian Dierstein, Schlagzeug
 Daniel Gloger, Countertenor
 Melise Mellinger, Violine
 Bernhard Gärtner, Tenor
 Barbara Maurer, Viola
 Martin Nagy, Tenor
 Lucas Feld, Violoncello
 Guillermo Anzorena, Bariton
 Andreas Fischer, Bass
 Prof. Manfred Schreier, Dirigat

Nach diesem Donnerstagabend folgten dann Konzerte mit Gesprächen zu den Themen „Musik: Rätsel und Magie“, „Musik: Kult und Ritual“, eine Vesper mit Dieter Schnebels „Magnificat“ in der Pfarrkirche Berching, die musikalische Meditation „Stimmung“ von Stockhausen, ein Orgelkonzert mit Werken von Dinescu, Gubaidulina, Johnson, Medek, Pärt und Schlee, eine Vigil mit Musik von Pousseur, Schlee, Stähler, Watter und schließlich am Sonntag die Messfeier mit Musik von Perezani, Scelsi und Seither.

Soviel zum Veranstaltungsprofil, das von der Erwartung ausging, jeder Teilnehmer möge doch seine

Fragen und Ansichten zum gemeinsamen Nutzen einbringen.

Dieser Nutzen konnte bei diesen Gesprächspartnern für Bischofskonferenz und ZdK darin liegen, die neue Musik gerade in ihrem Unbekannten, so vorher nie Gehörten in die eigene Verkündigung zu nehmen. Das Neue ist dabei ganz wesentlich das eigentliche Ziel von Kunst, das Schöpferische ist stark, findet seinen Weg zum unvoreingenommenen aber auch gut vorbereiteten Hörer.

Zeitfreiheit - musikalische Gegenentwürfe zur ständig zunehmenden Beschleunigung

Der Dialog mit den Komponisten konnte gelingen, weil Kardinal Lehmann – und gleichermaßen seine Mitbrüder – glaubhaft machen konnten, daß die Kirche heute voller Respekt den Künstlern begegnet. In der Tat liegt die neue Allianz zwischen christlicher Kirche und schöpferischer Autonomie der Komponisten zum Greifen nahe. Was noch einfach ist bei dem Italiener Giacinto Scelsi und dessen mystischer Neigung bei traditioneller Liturgieabfolge und spiritueller Schärfung, könnte bei John Cage schwerer fallen. Dann, wenn keine Partitur vorgegeben ist, sondern ein Satz von vielen Einzelstimmen, von denen beliebig viele in jedweder Kombination ein Werk aufführen können. Dazu bedarf es schon großer Detailkenntnis des Kompositionsverfahrens, der Deutung schriftlicher Fixierung – also ungewöhnlicher Anstrengung. Dann aber ziert beispielsweise „Music for...“ jeden kirchlichen Raum. Mut gehört dazu nicht. Wohl aber Fleiß und durch sorgfältiges Üben erworbenes Können. In vielen zeitgenössischen Werken stellt sich rasch ein Eindruck von Zeitlosigkeit ein. Sie sind wie Paradiesbilder, geprägt von einer Apotheose der Langsamkeit. Sie sind positive Gegenentwürfe zur ständig zunehmenden Beschleunigung, die für das Leben kein Gewinn sind. Zeitfreiheit und Zeitlosigkeit sind in dieser Musik gegenwärtig, sie sind spürbar in der statischen Musik eines Morton Feldman und der vielen anderen, die in ihren Werken die messbare Zeit aufheben.

Gegenleistung der Kirche - Räume und aufgeschlossene Menschen

Das kann eine Gegenleistung der Kirche sein: Räume und aufgeschlossene Menschen. Man stelle sich vor, die kirchenmusikalischen Gruppen in den deutschen Bistümern, also die Kinder-, Jugend- und Erwachsenenchor, die Choralscholen und Instrumen-

talkreise ließen sich – breiter noch, als schon erkennbar – für diese Arbeit gewinnen. Zwar sind Mitgliederzahlen nicht immer ein Ausdruck von Stärke aber bei etwa 450.000 Sängerinnen und Sängern, zusammen mit ihren haupt- und nebenberuflichen Leitern und Betreuern müßte die höchst-wünschte Popularisierung Neuer Musik gelingen.

Aber es bedarf einer Einführung, einer Vorbereitung, einer Vorkenntnis. Friedemann Herz an der Orgel, der Motettenchor Schwäbisch-Gmünd, die Choralschola des Würzburger Doms können eindrucksvoll Dieter Schnebels Vesper singen und gestalten. Wären nicht Karl Kardinal Lehmann und Bischof Dr. Gebhard Fürst die Liturgen gewesen, hätte manches Pfarrkind den Kirchenraum in Berching unandächtig verlassen.

"Kirche nur mit der Musik von gestern, ist von gestern"

Musik sagt Worte, die wir sprachlich so kaum aussprechen können. Sie hat Auferweckungskraft, kann Emotionen ausdrücken in Tönen wie die darstellende Kunst oder das Gedicht. Neu ist diese Erkenntnis nicht. Schon Bach sah im Reichtum der Musik die besondere „Recreation des Gemüts“. Kirche nur mit der Musik von gestern, ist von gestern. Gottseidank ist das fatale motu propria, nur die Gregorianik sei die angemessene Musik im Kirchenraum, überwunden. In der Gegenwart angekommen ist die Kirche aber erst, wenn sie die gegenwärtigen musikalischen Deutungen religiöser Empfindungen übernimmt.

Ein erster – großer – Schritt in diese Richtung war das Werkstattgespräch auf Schloß Hirschberg. Musiker und Komponisten waren Gegenstand des kirchlichen Interesses, weil die Kirche wissen und verstehen will, was heute neu geschaffen wird. Mozart hat den Auftrag des Fürstbischofs von Salzburg für ihn zu komponieren abgelehnt, weil ihm seine Freiheit wichtig war. Das war gut so für seine himmlisch schöne Musik. Und es war ein deutliches Zeichen für das richtige Verhältnis von Kirche und Kunst.

Müßig übrigens zu sagen, dass es kaum mehr Grenzen zwischen den verschiedenen Kirchen und der neuen Musik gibt. Diesen Schatz zu heben, ihn sichtbar in die Welt zu tragen, muß ein Ziel des ersten ökumenischen Kirchentages im kommenden Jahr in Berlin sein. Werden wir es sehen und hören?

Hans Heiner Boelte

Auschwitz - Geschichte und Gedenken

**Eine Schrift des Gesprächskreises
"Juden und Christen"**

Seit 1971 führen Juden und Christen im Gesprächskreis beim ZdK einen intensiven Dialog über religiöse und theologische Fragen. Viele Akademietagungen wurden von diesem Gremium durchgeführt. Auf den Katholikentagen haben die von ihm verantworteten jüdisch-christlichen Veranstaltungen große Resonanz gefunden. Mehrere Reisen führten die Gruppe nach Israel, in die USA, nach Polen, Ungarn und Frankreich, wo Kontakte zu jüdischen Gremien geknüpft wurden.

Solange der Gesprächskreis "Juden und Christen" im ZdK besteht, hat er sich auch mit Auschwitz befasst, Schriften zu einzelnen Fragen veröffentlicht und 1993 einen Besuch in Auschwitz gemacht. Als Resultat dieser intensiven Bemühungen entstand der Plan, eine Broschüre zum Thema "Auschwitz" zu erarbeiten, die wichtige Informationen zur Schoa enthält und zur Vorbereitung eines Auschwitzbesuchs hilfreich ist. Allen Mitgliedern des Kreises war von vornherein bewusst, wie problematisch eine solche Aufgabe sein musste. Tatsächlich waren die Schwierigkeiten größer als bei den meisten früheren Publikationen, so dass der Kreis relativ lange Zeit bis zur Fertigstellung brauchte. In vielen auch kontroversen Debatten musste man sich über das Konzept, über historische und theologische Grundfragen und über viele Details verständigen sowie festschreiben, wo zentrale Fragen offen bleiben mussten.

Erstmals nehmen Juden und Christen gemeinsam zur Schoa Stellung

Das Ergebnis dieser Beratungen bildet das im März 2002 im Katholischen Bibelwerk erschienene Buch "Auschwitz - Geschichte und Gedenken". Es entstand aus der Verpflichtung, die Erinnerung an das ungeheuerliche Geschehen wachzuhalten und ein persönliches Verhältnis zu diesem Thema zu finden. Die herausragende Bedeutung dieser Broschüre liegt darin, dass hier erstmals Juden und Christen gemeinsam zur Judenvernichtung (Schoa) Stellung nehmen. Bei der Arbeit war allen Mitgliedern des Kreises ständig bewusst, dass am ehesten nachdenkliches Schweigen dem Thema gerecht wird, dass die Sprachlosigkeit aber auch überwunden werden muss, um die Erinnerung an das unbeschreibliche

Werner Trutwin, Oberstudiendirektor a. D. und Mitglied im Gesprächskreis "Juden und Christen" im ZdK

Geschehen wachzuhalten. Nicht alle Ergebnisse der Fachwissenschaften sollten referiert und alle Einzelfragen thematisiert werden. In dem knappen Rahmen von 100 Seiten konnten aber Akzente gesetzt und Perspektiven aufgezeigt werden, die sich aus dem heutigen jüdisch-christlichen Dialog ergeben. Im ersten Teil der Broschüre wird die Geschichte befragt, die nach Auschwitz führt. Die Autoren skizzieren die Nazizeit als den unmittelbaren deutschen Weg zur Schoa und den jahrhundertealten christlichen Antijudaismus als eine Voraussetzung des verhängnisvollen Geschehens. Der zweite Teil der Schrift führt den Ort der Katastrophe vor Augen. Er eröffnet einen Blick auf die Geschichte und Geographie des Lagers und zeigt Bilder des Grauens. Der dritte Teil, der Stimmen zur Schoa sammelt, stellt sich die Frage nach der Bedeutung der Schoa und der Verantwortung, die Auschwitz heute von Christen und Juden, Deutschen und Polen fordert.

Erschütternde Zeichnungen vom Lagerleben

Die meisten Artikel wurden von Mitgliedern des Gesprächskreises verfasst, aber auch andere Stimmen kommen zu Wort, so jüdische Opfer, jüdische und christliche Theologen, Philosophen und Dichter, deutsche und polnische Bischöfe sowie Papst Johannes Paul II. Die Broschüre ist reich bebildert. Sie zeigt authentische Fotos aus Auschwitz, die oft verbotenerweise von SS-Leuten angefertigt wurden. Erschütternd sind die Zeichnungen vom Lagerleben, die Alfred Kantor, selbst Häftling in Auschwitz, kurz nach dem Krieg angefertigt hat. Bewegend sind auch die Bilder anerkannter Künstler wie Felix Nussbaum, Ben Shan, George Segal oder Bernhard Heisig. Das Buch will Besuchern des Todeslagers als Wegbegleiter dienlich sein und vor allem Jugendliche bei der Vor- und Nachbereitung eines Besuchs ansprechen. Aber auch wer nicht nach Auschwitz fahren kann, findet hier ein jüdisch-christliches Zeugnis, das nicht nur über ein Epochenereignis informiert, sondern nachdenklich macht und der Verständigung zwischen Juden und Christen dient.

Werner Trutwin

Auschwitz - Geschichte und Gedenken, erschienen im Katholischen Bibelwerk e.V., Stuttgart, 2002. Das Einzelheft kostet 7. 90 EURO. Bei Mehrfachbestellungen gibt es günstige Staffelpreise.